

## Bayern-Tarif statt Steuererhöhung Steuerpolitik für Bürger und Wirtschaft



**MARKUS SÖDER, MdB**

Im heraufziehenden Bundestagswahlkampf ist ein Streit über die richtige Höhe der Steuern in Deutschland entbrannt. SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke drängen auf Steuererhöhungen. Wenn man die Zahlen betrachtet, stellt sich aber die Frage, ob das der richtige Weg sein kann. Vielversprechender erscheinen nämlich passgenauere Lösungen als bisher, wie zum Beispiel das Modell des Bayern-Tarifs.

### DEUTSCHLAND HAT KEIN EINNAHMEPROBLEM

Die Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden spricht eine deutliche Sprache. Im Jahr 2012 haben diese erstmals die 600 Milliarden Euro Marke übersprungen. Bis zum Jahr 2016 sollen die Steuereinnahmen laut Prognose der Steuerschätzer um weitere 14 Prozent auf 684 Milliarden Euro steigen. Dies zeigt, dass es um die Hauptquelle staatlicher Einnahmen auch ohne Steuererhöhungen bestens bestellt ist.

### STEUERPOLITIK FÜR BÜRGER UND WIRTSCHAFT

Politisches Ziel der Unionsparteien sind gute Bedingungen sowohl für die Bürger als auch für die Wirtschaft. Seit Beginn der Legislaturperiode haben sich die Bedingungen für beide verbessert.

Familien haben durch die Anhebung des Kindergeldes im Jahr 2010 zusätzliche finanzielle Spielräume in Höhe von 4,6 Mrd. € jährlich erhalten. Die Anhebung des Grundfreibetrags jeweils in den Jahren 2013 und 2014 bedeutet ebenfalls mehr Netto vom Brutto in Höhe von insgesamt rund 2,6 Mrd. €. Durch die ebenfalls erfolgte Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ab dem 1. Januar 2013 und die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschetrags hat eine vierköpfige Familie mit einem Jahresbrutto von 40.000 € dadurch in der Summe 1.255 € pro Jahr mehr in der Haushaltskasse.

Die Wirtschaft hat durch unsere Steuer- und Finanzpolitik zusätzliche Wachstumsimpulse erhalten. Durch eine Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung wurden die Bürokratiekosten für die Unternehmen um jährlich 4 Mrd. € verringert. Kleine Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von 500.000 € müssen die Umsatzsteuer weiterhin erst dann abführen, wenn sie das Geld vom Kunden erhalten haben. Der einmalige Liquiditätsvorteil dafür wurde mit 1,1 Mrd. € beziffert. Die bereits genannte Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entlastet die Unternehmen durch eine jährliche Verminderung der Arbeitskosten um 3,2 Milliarden Euro.

Die Spielräume hierfür hat die finanzielle Lage der Staatshaushalte bereitgehalten. Und die Haushaltssituation im Bund und in Bayern ist mehr als eine Bestätigung für unsere Steuer- und Finanzpolitik.

### STEUERERHÖHUNGEN SCHADEN DER DYNAMIK

Gegenmodell zu diesem erfolgreichen steuer- und finanzpolitischen Kurs ist das, was in den Wahlprogrammen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen zu lesen ist. Beide Parteien planen, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit bis zu 40 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich zu belasten. In einer Gesamtschau wären das die größten Steuererhöhungen, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland je gegeben hat.

Die steigenden Steuereinnahmen bestätigen, dass Deutschland kein Einnahmeproblem hat. Rot-Grün geht es daher wohl primär um Umverteilung. Das Ergebnis dieser Politik ist absehbar: Mehr Staat, mehr Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger und geringere wirtschaftliche Dynamik. Es ist sogar zu befürchten, dass die geforderten Steuererhöhungen regelrechtes Gift für die Konjunktur sein werden. Dann wären aber nicht nur Besserverdiener und Vermögende betroffen. Eine Schwächung der Konjunktur schadet letztlich allen.

Selbst das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat die Pläne von Bündnis 90 / Die Grünen daher zuletzt als „Raubzug mit Ansage“ betitelt. Das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet in dem Artikel, dass eine vierköpfige Familie (Alleinverdiener-Ehepaar, zwei Kinder) mit einem Jahresbrutto von 72.000 € um rund 550 € pro Jahr mehr belastet würde als bisher. Das sind drei Monate Kindergeld für ein Kind!

### ALTERNATIVE: STEUERWETTBEWERB DURCH REGIONALISIERUNG

Der Bayerischen Staatsregierung ist es ein Anliegen, insbesondere der Mitte der Gesellschaft zusätzliche finanzielle Freiräume zu verschaffen: den Facharbeitern, >>

Angestellten, Handwerkern und anderen mittelständischen Unternehmen, die unser Land tragen. Sie wollen wir stärken! Damit Bayern hier eigenständig handeln kann, müssen Kompetenzen im Bereich der Steuergesetzgebung übertragen werden. Nur dann kann der Landtag einen „Fleißbonus“ für die bayerische Mittelschicht einführen.

Eine Stärkung der Länderkompetenzen im Bereich der Steuergesetzgebung würde auch den unterschiedlichen finanzpolitischen Situationen in den Ländern Rechnung tragen. Das hilft nicht nur Bayern. Alle Länder müssen das strikte Neuverschuldungsverbot der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 einhalten. Zusätzliche Möglichkeiten zur Gestaltung der Steuereinnahmen können dies unterstützen. Vor diesem Hintergrund hat auch die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Oktober 2012 länderspezifische Zu- und Abschläge auf die Einkommensteuer thematisiert. Eine dritte Föderalismusreform muss diesen Gedanken erneut aufgreifen und weiterentwickeln. Sie muss die verfassungsrechtliche Grundlage für einen Bayern-Tarif schaffen.

#### **BAYERN-TARIF ALS ZIEL**

Der Bayern-Tarif stützt sich auf drei Säulen:

- Zu- und Abschläge auf die Lohn- und Einkommensteuer,
- eine vereinfachte Grundsteuer und
- Erleichterungen bei der Erbschaftsteuer.

Bei der Lohn- und Einkommensteuer ist das Ziel, den Ländern das Recht einzuräumen, Zu- bzw. Abschläge auf die Lohn- und Einkommensteuer zu erheben. Dem bayerischen Landtag wäre es dadurch möglich, die Bürgerinnen und Bürger in Bayern eigenständig zu entlasten. Eine erfolgreiche Finanzpolitik, ein sparsames Wirtschaften des Staates macht sich so unmittelbar beim Einzelnen bemerkbar. Bayern könnte darüber hinaus gezielt Impulse zur Stärkung der Inlandsnachfrage setzen.

Die Reform der Grundsteuer ist längst überfällig. Sie steckt seit Jahren aufgrund eines Länderstreits über das richtige Besteuerungskonzept in einer Sackgasse. Bayern und Hessen favorisieren eine Einfachgrundsteuer, die ausschließlich an physikalische Größen anknüpft. Die übrigen Länder haben sich dagegen auf eine Grundsteuer festgelegt, die an Verkehrswerte anknüpft. Bayern lehnt das Verkehrswertmodell aus

guten Gründen ab. Zum einen würde eine flächendeckende Feststellung von Verkehrswerten für Grundstücke – und das in regelmäßigen Zeitabständen – einen immensen Verwaltungsaufwand bedeuten. Zum anderen wäre eine flächendeckende Verkehrswertfeststellung für Grundbesitz ein Wegbereiter für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Einen Ausweg aus dieser Situation böte eine vollständige Übertragung der Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer auf die Länder. In diesem Fall kann jedes Land sein favorisiertes Grundsteuermodell realisieren.

Bei der Erbschaftsteuer muss, anders als bei der Grundsteuer, die Bewertung des vererbten bzw. verschenkten Vermögens weiterhin bundeseinheitlich geregelt werden. Jedoch könnten die Stellschrauben für die Bestimmung der Erbschaftsteuerbelastung in die Gesetzgebungshoheit der Länder übergehen. Hierzu gehört z. B. der Erbschaftsteuertarif.

In Bayern wird mit rund einer Milliarde Euro knapp ein Viertel des gesamten Erbschaftsteueraufkommens in Deutschland erwirtschaftet. Wenn man bedenkt, dass dieses Vermögen zu einem nicht geringen Teil aus versteuertem Einkommen stammt, erscheint dies als eine hohe Last, denn es bedeutet doppelte Versteuerung vom Einkommen. Ein hoch entwickelter Standort braucht Kapital für Investitionen. Eine Reduzierung der Erbschaftsteuerbelastung kann einen Beitrag zur Erhöhung des Kapitalangebots leisten. Und genau das sollte das Ziel sein.

#### **WEITERE ENTLASTUNGEN NICHT AUS DEN AUGEN VERLIEREN**

Neben dem längerfristigen Ziel des Bayern-Tarifs sollten schnelle Entlastungen für die Mitte der Gesellschaft nicht aus den Augen verloren werden. Dazu zählt die Bekämpfung der kalten Progression. Hiermit wollen wir mehr Leistungsgerechtigkeit schaffen und gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen.

Wichtiges Anliegen bleibt darüber hinaus, finanzielle Spielräume für Ehegatten und Familien zu erhalten. Für uns steht das Ehegattensplitting nicht zur Disposition. Außerdem wollen wir im Sinne eines Familiensplittings die steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf den für Erwachsene geltenden Freibetrag anheben und zugleich das Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag erhöhen.

Um die Wohnraumversorgung zu gewährleisten, wollen wir außerdem die degressive Gebäudeabschreibung wieder eingeführt werden. So kann man mehr private Investitionen in den Wohnungsbau lenken und das Ziel erreichen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

#### **BÜROKRATIEABBAU VORANTREIBEN**

Bürokratie bindet Ressourcen in den Unternehmen und wirkt somit als Wachstumsbremse. Im unternehmerischen Bereich ließen sich hier Verbesserungen erreichen, z. B. durch eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen. Wir wollen den Normenkontrollrat als bewährten „Bürokratie-TÜV“ stärken.

#### **INTERNATIONALE STANDORTPOLITIK STEUERLICH UNTERSTÜTZEN**

Um die Position Deutschlands als Hochtechnologiestandort zu sichern und auszubauen, sind Innovationen erforderlich. Wir wollen den forschenden Mittelstand mit einem „High-Tech-Bonus“ fördern: denn früher haben Bajonette über die Zukunft eines Landes entschieden, heute sind es Patente. Vor allem die Forschungsanstrengungen der kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir steigern. Dieser Hightech-Bonus könnte einen weiteren Innovationschub gerade für Bayern bringen.

Die hohen Steuereinnahmen und die positiven Prognosen zum weiteren Anstieg zeigen, dass sich der Ansatz der Unionsparteien in der Steuer- und Finanzpolitik bewährt hat. Er sollte daher konsequent fortgeführt und ausgebaut werden. Der Bayern-Tarif eignet sich gut für diesen Ausbau. Die Stärkung der Länderkompetenzen im Bereich der Steuergesetzgebung fördert einen gesunden Wettbewerb unter den Ländern, der die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland insgesamt stärkt. Dies gilt auf Seiten der Bürger und der Wirtschaft aber auch auf Seiten der Länder, die die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse umsetzen müssen.



**MARKUS SÖDER, Mdl**  
**Bayerischer Staatsminister der Finanzen**

# Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

das Jahrhunderthochwasser Anfang Juni hat neben Ostdeutschland auch bayerische Regionen an Inn und Donau hart getroffen. Nach Abzug der Fluten ist das ganze Ausmaß der Katastrophe deutlich geworden. Milliarden Schäden sind zu beklagen, nicht nur bei den betroffenen privaten Haushalten, sondern auch bei tausenden von kleinen und mittleren Betrieben in Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe, die vielfach um ihre Existenz fürchten.

Nachdem die schlimmsten Aufräumarbeiten auf der Grundlage eines beispiellosen Zusammenstehens in den Hochwassergebieten erledigt sind, richtet sich der Blick jetzt nach vorn. Es geht darum, die Lehren zu ziehen, d.h. bei der künftigen Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten neue Flutrisiken auszuschließen und den Hochwasserschutz mit weiteren Milliardeninvestitionen so effizient wie möglich zu verbessern. Es muss erneut über Modelle einer Elementarschadensversicherung für alle nachgedacht werden. Und die im

wahrsten Sinne untergegangenen Betriebe müssen Mut und Kraft zu einem Neuanfang fassen.

Wir haben in den letzten Wochen intensiv darüber nachgedacht, ob und wie wir im Rahmen einer Solidaraktion unseren Mitgliedern, die von der Flut heimgesucht worden sind, unter die Arme greifen könnten. Das hat sich als nicht so einfach herausgestellt. Die Beratung vor Ort über Finanzhilfen von Bund und Land erfolgt u.a. durch die Kammern. Spenden einzusammeln und auszureichen, stößt an Grenzen: Der Wirtschaftsbeirat ist als Unternehmerverband kein gemeinnütziger Verein. Spenden, die wir weiterleiten könnten, sind damit steuerlich nicht abzugsfähig. Zudem würde uns die gerechte Verteilung der Gelder „bürokratisch“ überfordern. Ich meine deshalb, die wirksamste Hilfe, die wir leisten können, ist, den hochwassergeschädigten Betrieben als Kunden oder Lieferanten die Treue zu halten und ihnen damit ein Stück weit über die kritische Situation hinwegzuhelfen. Darum bitte ich Sie an dieser Stelle sehr herzlich.

Themenwechsel: Der Wirtschaftsbeirat ist in diesen Tagen 65 Jahre alt geworden. Seine Gründung fällt in das Jahr 1948. Es ist das Jahr, in der die damalige Westzone Deutschlands die D-Mark erhielt und Ludwig Erhard als Direktor des Frankfurter Wirtschaftsrats die Preisbewirtschaftung mit dem Leitsatzgesetz vom 24. Juni über Nacht nahezu vollständig aufhob und damit den Weg zur Marktwirtschaft ebnete.

Deutschland lag in Trümmern, die Wirtschaftslage war desolat, die Unsicherheit darüber, wie es wirtschafts- und ordnungspolitisch weitergehen sollte, enorm. Es war die Idee des damaligen CSU-Vorsitzenden Dr. Josef Müller, in dieser kritischen Zeit auf den Rat und die Mitarbeit der Wirtschaft zu setzen und Dr. Georg Haindl und

andere Persönlichkeiten der bayerischen Wirtschaft von der Gründung eines parteipolitisch unabhängigen Wirtschaftsbeirats der Union zu überzeugen. Der Verband entstand und hat die Politik seither unter seinen langjährigen Präsidenten Dr. Georg Haindl, Dr. Werner Dollinger, Dr. Dieter Soltmann, Dr. Alfred Pfeiffer und Dr. Otto Wiesheu partnerschaftlich begleitet und unterstützt. Im Archiv für christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung findet sich ein kurzer Abriss über die Gründungsphase. Wir haben ihn nachstehend abgedruckt.

Die Themen mögen sich in den letzten sechs Dekaden vielfach geändert haben, die Rolle und das Selbstverständnis des Wirtschaftsbeirats sind dieselben geblieben. Wir fördern und pflegen einen von gegenseitigem Verständnis und Vertrauen getragenen Dialog von Wirtschaft und Politik. Unser Ziel ist es, die Expertise unserer Unternehmer auf unterschiedlichen Wegen in die wirtschaftspolitischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Wir sind kein Branchenverband, sondern verfolgen gesamtwirtschaftliche Anliegen. Leitidee ist und bleibt für den Wirtschaftsbeirat die Soziale Marktwirtschaft – also das klare Eintreten für Freiheit und Verantwortung, Privateigentum, Subsidiarität und Chancengerechtigkeit.

Ich versichere Ihnen, in Rente gehen wir mit 65 nicht. Auch in Zukunft warten genügend Aufgaben beim Dialog von Wirtschaft und Politik. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, Bayerns Wirtschaft auf Erfolgskurs zu halten. Ich freue mich dabei weiterhin auf die Begegnung und Zusammenarbeit mit Ihnen in den Ausschüssen und in den Bezirken.

Herzlichst Ihr  
**JÜRGEN HOFMANN**

## Anzeigen im **KOMPASS** bringen Kontakte!

1/1 19 x 27,4 cm 1.320,- €	1/2 19 x 13,5 cm 850,- €	1/3 6 x 27,4 cm 19 x 8,8 cm 620,- €	1/4 6 x 20 cm 19 x 6,4 cm 340,- €	1/8 6 x 9,8 cm 9,2 x 6,4 cm 290,- €
----------------------------------	--------------------------------	--	--	--

Fordern Sie die Mediadata per Mail: [weltbuch@mac.com](mailto:weltbuch@mac.com) oder geben Sie den Link: <http://db.tt/QmobHvPD> in Ihren Internet-Browser ein und Ihnen wird automatisch die PDF übertragen.

## Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- Unterreiner Forstgeräte GmbH, Julbach
- Balanced Solutions GmbH, München
- Städtebund Inn-Salzach GmbH, Töging am Inn
- Dr. Laura Krainz-Leupoldt, Weissenstadt
- Stefan Neumann, Thalarn
- Hotel Centurio, Bad Gögging
- Dipl.-Ing. Günter Büschl, Büschl Unternehmensgruppe, München
- Ralf Büschl, Büschl Unternehmensgruppe, München

# 65 Jahre Wirtschaftsbeirat der Union in Bayern

## Wie es 1948 zur Gründung kam

„Sehr geehrter Herr Kommerzienrat, in der Anlage übersende ich Ihnen eine Einladung zur Bildung eines Wirtschaftsbeirates der CSU ... Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in der vorgesehenen Gründungssitzung und im Wirtschaftsbeirat selbst bis zu dessen Konstituierung durch die Wahl der Mitglieder den Vorsitz übernehmen würden ... Mit der Bitte um Ihre gütige Mitwirkung und besten Grüßen bin ich Ihr Dr. Josef Müller.“

Mit dieser Einladung versammelten der CSU-Vorsitzende Dr. Josef Müller und sein Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle der CSU, Dr. Otto Schwink, am 14. Juni 1948 die angesehenen Wirtschaftsexperten und Unternehmer Ludwig Blum, Dr. Georg Haindl, Dr. Otto Hellmann, Franz Liedig, Otto Ranz, Johann Rothirsch, Hans Schwägerl, Dr. Franz Steffan und Dipl. Ing. Ludwig Woerner in der Privatwohnung von Dr. Otto Schwink. Der Augsburger Papierfabrikant Dr. Georg Haindl, Sohn des Kommerzienrats Georg Haindl, leitete dort nicht nur die erste Zusammenkunft, sondern stand dem Wirtschaftsbeirat der Union e.V. dann weitere 22 Jahre vor.

1948 befand sich Deutschland wirtschaftspolitisch an einem Wendepunkt. Die Währungsreform stand unmittelbar bevor, die Arbeitslosigkeit hatte stark zugenommen, wegen Kreditnot waren notwendige Investitionen gefährdet, die Versorgungslage der Bevölkerung war kritisch. Das Vertrauen in staatliche Institutionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage war nicht mehr

besonders groß. War die Zeit schon reif für die Soziale Marktwirtschaft?

Im Januar 1946 wurden die Arbeitsausschüsse der CSU gebildet. Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss fiel die Aufgabe zu, ein Sachprogramm auszuarbeiten, zu Wirtschaftsproblemen Stellung zu nehmen und mit Kreisen der Wirtschaft Kontakt zu halten.



Foto: Dr. Georg Haindl (1914 – 1970)

Auf dem CSU-Landesausschuss am 6. September 1946 prognostizierte Dr. Johannes

Semler, der Leiter des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU: „...und 20 Jahre werden wir ganz bestimmt eine Planwirtschaft brauchen, auch wir, die wir den Grundsatz der staatlichen Planwirtschaft ablehnen.“ Die vorgesehene Umwandlung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses in eine Arbeitsgemeinschaft des Handels, Handwerks, Gewerbes und der Industrie blieb in Ansätzen stecken. Ebenso wie sich die Soziale Marktwirtschaft vom Staat und den Parteien emanzipierte, zeigte sich, dass der Wirtschaftspolitische Ausschuss als institutionelle Arbeitsgemeinschaft der CSU nicht die Erwartungen erfüllen konnte, da die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik eines weiterausgreifenden Rahmens bedurfte.

So setzte sich die Idee von Dr. Josef Müller durch, die wirtschaftenden und der Union nahestehenden Menschen in Bayern zu sammeln und zur Mitarbeit an der bayerischen, deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik zu bewegen. Festgehalten ist dies in dem oben zitierten Brief, den er am 10. Mai 1948 an Dr. Georg Haindl schrieb: „Ich habe absichtlich die Zugehörigkeit zum Wirtschaftsbeirat nicht von der Mitgliedschaft bei der Partei abhängig gemacht...“ Und viele bedeutende Ökonomen waren gerne bereit unter einer christlich-sozialen Prämisse Wiederaufbauarbeit zu leisten, ohne sich parteipolitisch binden zu müssen.

**Quelle: Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung**



## LAYOUT, SATZ, DRUCK FAIR KALKULIERT.

Wir erstellen Ihre Geschäftsberichte, Kataloge, Prospekte und alle anderen Drucksachen inkl. Gestaltung, Satz und Druck zu fairen Konditionen! **Wir kalkulieren gern Ihr nächstes Projekt.**

Testen Sie uns und unsere Preise!

Web: [www.weltbuch.com](http://www.weltbuch.com) | Mail: [weltbuch@mac.com](mailto:weltbuch@mac.com)



**WELTBUCH**

Verlag GmbH

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

## 27. Mai 2013 – Bezirk Hochfranken

Zu Gast bei der Scherdel Gruppe in Marktredwitz war der Bezirk Hochfranken unter seinem Vorsitzenden Franz Dieter Bley. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich ging in seinem Vortrag über „Cyber-Sicherheit“ auf die Gefährdung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen durch Hacker-Angriffe ebenso ein wie auf die Bedrohung kritische Infrastrukturen und modernste internetbasierte Formen der Kriegsführung. Er erläuterte die Gegenmaßnahmen des Bundes und bat die Unternehmen um Mithilfe bei der Verbesserung der Sicherheit im Netz.



v.l.n.r.: Martin Schöffel MdL, Maximilian Frhr. von Waldenfels, GF Scherdel Gruppe, BM Dr. Hans-Peter Friedrich, Franz Dieter Bley

## 28. Mai 2013 – Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik

Eine der drängendsten Fragen zur Energiewende lautet „Hält das Netz?“. Armin Geiß, Vorsitzender des Ausschusses für Energie- und Rohstoffpolitik, konnte mit Martin Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung TenneT TSO GmbH und Thomas Barth Vorsitzender des Vorstands E.ON Bayern AG, zwei Referenten gewinnen, die in besonderer Weise damit befasst sind. Während Barth die Situation bei den Verteilnetzen beleuchtete, ging Fuchs auf die Lage und Perspektiven der Übertragungsnetze näher ein.



v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Martin Fuchs, Armin Geiß, Thomas Barth

## 29. Mai 2013 – Ausschuss für Tourismus

„Gesundheitsvorsorge 3.0 – Chancen für Heilbäder und Kurorte sowie Unternehmen durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit“ lautete das Thema der Tourismus-Veranstaltung in Bad Tölz. Knapp 50 Teilnehmer kamen, um sich über die Chancen der

betrieblichen Gesundheitsvorsorge zu informieren. Sogenannte Best-Practice-Beispiele präsentierten Bürgermeister Klaus Holetschek, Präsident des Bayerischen Heilbäderverbandes e.V., Olaf Seifert, Geschäftsführer des Tourismusverbandes Franken e.V., und Heidi Kastenmayer, Projektleiterin IGM-Campus, Amt für Stadtmarketing, Tourismus- und Wirtschaftsförderung. Der Vorsitzende Robert Salzl konnte zudem den 1. Bürgermeister der Stadt Bad Tölz, Josef Janker, und die Kur- und Tourismuskuratorin der Stadt Bad Tölz, Brita Hohenreiter, begrüßen.



v.l.n.r.: Olaf Seifert, Josef Janker, Brita Hohenreiter, Heidi Kastenmayer, Klaus Holetschek, Robert Salzl

## 10. Juni 2013 – Bezirk Regensburg



Zum dritten Mal hatte der Bezirk Regensburg unter der Leitung seines Vorsitzenden Prof. Dr. Claus C. Berg zu einem Weißwurstfrühstück mit bayerischen Landtagsabgeordneten aus der Region in den Bischofshof eingeladen und damit eine kleine Tradition begründet. Die MdLs Thomas Dechant, Dr. Andreas Fischer, Joachim Hanisch, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld und Martin Neumeyer stellten sich den Fragen der Unternehmer.

## 12. Juni 2013 – Bezirk Inn/Salzach

Dr. Willy Kleine, Vorsitzender des Bezirks, konnte in Burghausen Präsident Dr. Otto Wiesheu begrüßen. Wiesheu ging in seinem Vortrag „Mit dem Mittelstand die Zukunft gewinnen“ auf die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für Wirtschaft und Gesellschaft ein und umriss die zentralen Anforderungen an eine mittelstandsfreundlichen Politik. Barbara Oberhuber, Mitglied der Geschäftsleitung der fiwa group, referierte über die bürokrati-

tischen Herausforderungen für mittelständische Unternehmen im Auslandsgeschäft.



v.l.n.r.: Günter Helmberger, fiwa, Dr. Willy Kleine, Barbara Oberhuber, Dr. Otto Wiesheu, Hans Peter Wagner, fiwa, Dr. Jürgen Hofmann

## 13. Juni 2013 – Ausschuss Medien

Das Thema „Pay TV in Deutschland – dritte Säule des Fernsehens“ hatte der Medienausschuss auf die Tagesordnung gesetzt. Prof. Wolfram Winter, Executive Vice President Communications, Sky Deutschland, hob dabei auch die Rolle des Bezahlfernsehens als Innovationstreiber hervor.



v.l.n.r.: Prof. Wolfram Winter, Eckart Wruck (Stellvertretender Ausschussvorsitzender)

## 13./14. Juni 2013 – Ausschuss Mittelstandspolitik „Bayerisch-Sächsische Unternehmertage“



Infrastrukturthemen und die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Staat mit Ihren Herausforderungen standen im Mittelpunkt. Als Referenten der 23. Bayerisch-Sächsischen Unternehmertage in Kloster Banz konnte der Vorsitzende des Mittelstandsausschusses Thorsten Sponholz begrüßen: Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer, Klaus Dieter Josel und Arthur Stempel, Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn, Stefan Runte, Stellv. Leiter der Spionageabwehr im Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz und Dr. Veit Steinle, Lei-

ter der Abt. Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts und Europaangelegenheiten im Bundesverkehrsministerium. Gesellschaftlicher Höhepunkt am Abend war ein musikalisches Intermezzo mit Nina Scheidmantel, die sich im Kaisersaal des Klosters als Virtuosa am Flügel erwies.

### 17. Juni 2013 – Bezirk München

Münchener Wirtschaftstag  
Dem Wohnungsmangel in München war der diesjährige Münchener Wirtschaftstag in der BMW Welt unter der Leitung von Hans Hammer gewidmet. Innenminister Joachim Herrmann und Prof. Dietrich Fink von der TUM zeigten in ihren Impulsreferaten Wege zur Vergrößerung des Wohnungsangebots auf. In den anschließenden Workshops und einer Podiumsdiskussion mit Kennern der Münchner Situation, moderiert von Peter Althammer, wurden einzelne Ansätze aufgegriffen und weiter vertieft.



v.l.n.r.: Volker Hofmann, Baywobau, Josef Schmidt, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat, Peter Althammer, BR, Andreas Eisele, Präsident BFW Landesverband Bayern, Prof. Dr. Matthias Ottmann, Südhausbau KG

### 24. Juni 2013 – Bezirk Mittelfranken

Veränderungen in der Arbeitswelt und die Antworten, die erfolgreiche Unternehmen darauf geben müssen, waren Gegenstand der jüngsten Vortragsveranstaltung des Bezirks Mittelfranken in Fürth. Vorsitzender Dr. Christian Bühler konnte als Referenten Bernhard Küppers, Mitglied in Expertengremien zum Arbeitsmarkt der Zukunft, begrüßen.



Dr. Christian Bühler (l.), Bernhard Küppers (r.)

### 25. Juni 2013 – Bezirk München – Arbeitskreis Unternehmer.Zukunft.

Bildung gehört zu den Schlüsselfaktoren für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands/ Bayerns. Der Arbeitskreis Unternehmer.Zukunft hat sich bei seiner letzten Veranstaltung diesem Megathema generationsübergreifend gewidmet. Nach einem Impulsvortrag von Wirtschaftsminister Martin Zeil konnten sich die Teilnehmer an vier Thementischen



mit Vertretern der Hochschule München, der IHK für München und Oberbayern, der vbw und der Bayerischen Akademie für Werbung und Marketing austauschen.

v.l.n.r. Dr. Josef Amann, IHK, Staatsminister Martin Zeil, Dr. Matthias Lung, BAW, Dr. Christof Prechtel, vbw, Prof. Dr. Claudia Eckstaller, Hochschule München

### 26. Juni 2013 – Ausschuss für Bildung und Wissenschaften

Auf Einladung der Museumsleitung traf sich der Ausschuss für Bildung und Wissenschaften mit seinem Vorsitzenden, TUM Präsident Prof. Dr. W. Herrmann, im Museum Mensch und Natur. Dr. Michael Apel, Leiter des Museums, Prof. Dr. Gerhard Haszprunar, Generaldirektor der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns, sowie Ferdinand Prinz zur Lippe, Prof. Randolph Rodenstock und Dorothea Böhm aus dem Kreis der Freunde und Förderer präsentierten in überzeugender Weise die Pläne zu einer Erweiterung des Museums zu einem Naturkundemuseum Bayern. Prof. Herrmann hob die Bedeutung für den Bildungsstandort Bayern hervor.



v.l.n.r.: Dr. Michael Apel, Ferdinand Prinz zur Lippe, Prof. Randolph Rodenstock, Dorothea Böhm, Prof. Dr. Gerhard Haszprunar

## Terminvorschau

**11. Juli, München:** Ausschuss für Europapolitik: Simon Mc Donald, CMG, Britischer Botschafter in Deutschland; Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, „Die Zukunft der Europäischen Union im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts“

**15. Juli, München:** Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Ilse Aigner MdB, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Prof. Dr. Harald von Witzke, Humboldt-Universität zu Berlin, „Nachhaltigkeit in der Agrar- und Ernährungswirtschaft – Gesellschaftliche Erwartungen und unternehmerische Strategien“

**16. Juli, München:** Ausschuss Außenwirtschaft: Prof. Dr. Udo Steinbach, Leiter des Governance Center Middle East/North Africa an der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin, „Die Türkei und

der ‘neue Nahe Osten’ – Chancen für die Bayerische Wirtschaft?“

**17. Juli, München:** Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen: Prof. Dr. Martin Balle, Prof. Dr. Martin Thurner, Martin-Grabmann-Forschungsinstitut der Katholisch-Theologischen Fakultät der LMU; „Arbeit und Muße, haben wir unseren Rhythmus noch?“

**18. Juli, München:** Ausschuss für Finanzmärkte: Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Deutsches Aktieninstitut e.V.; Prof. Dr. Christoph Kaserer, TUM School of Management, Lehrstuhl für BWL – Finanzmanagement und Kapitalmärkte; Dr. Hans Michelbach, MdB, „Finanztransaktionssteuer – ein Weg zu mehr Stabilität?“

**23. Juli, Tittmoning:** Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach u. Passau: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke mit Dr. Luis Durnwalder, Landeshauptmann der Provinz Bozen Südtirol, „Starke Regionen in Europa – unsere Zukunft“

**24. Juli, Neumarkt:** Bezirk Jurakreis: Staatsminister a.D. Erwin Huber, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie „Wie wir unsere ländlichen Räume stärken“

**30. Juli, Aschaffenburg:** Bezirk Aschaffenburg: Mitgliederversammlung

**14. August, Chiemgau:** Ausschuss für Tourismus: „E-Mobility – Erforderliche Infrastrukturmaßnahmen für einen attraktiven Fahrrad-Tourismus“

**10. September, München:** Ausschuss für Medien: Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission

**15. September, München:** Bezirk München: Mittelstandspolitische Fröhschoppen mit Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission

Weitere Informationen und Termine finden Sie unter: [www.wbu.de](http://www.wbu.de)